

Ehrung für Menschenrechtler: Alternativer Nobelpreis geht erstmals nach Palästina

Sie kämpfen gegen sexuelle Gewalt und Chemiewaffen, für Menschenrechte und eine nachhaltige Landwirtschaft: Der Alternative Nobelpreis geht in diesem Jahr an vier Männer aus dem Kongo, den USA, Palästina und der Schweiz. Für manche kommt die Ehrung einer Lebensversicherung gleich.

Zum ersten Mal geht in diesem Jahr ein Alternativer Nobelpreis nach Palästina. Die Jury hat den Rechtsanwalt Raji Sourani für sein "Engagement für Menschenrechte unter extrem schweren Bedingungen" ausgezeichnet. Der Jurist saß selber schon mehrfach in Haft. Weitere Preisträger sind der Amerikaner Paul Walker, der sich seit Jahrzehnten für die Vernichtung von Chemiewaffen einsetzt - zuletzt auch in Syrien. Geehrt wird auch der kongolesische Arzt Denis Mukwege, der Zehntausende Vergewaltigungsoffer behandelt hat, und der Schweizer Agrarwissenschaftler Hans Herren, der zu den führenden Experten im Bereich der biologischen Schädlingsbekämpfung gehört.

Die vier Männer wurden aus 94 Kandidaten ausgewählt. "Die Grundidee ist, praktische Lösungen auszuzeichnen", sagt Ole von Uexküll, Geschäftsführer der "Right Livelihood Award"-Stiftung, wie der Alternative Nobelpreis eigentlich heißt. "Es gibt nichts Politischeres als konkrete Lösungen, die zeigen, dass Alternativen zum Status quo praktisch möglich sind."

Den Alternativen Nobelpreis gibt es seit 1980. Er gilt auch als Kritik an den traditionellen Nobelpreisen, deren Preisträger im Oktober in Stockholm und Oslo bekanntgegeben werden. Die Alternativen Nobelpreise werden Anfang Dezember bei einer Zeremonie im Schwedischen Reichstag verliehen. Sie sind mit umgerechnet 57.000 Euro dotiert.

Doch für viele der Geehrten steht nicht das Geld im Vordergrund. "Der Preis ist oft ein Schutz und auch eine psychologische Stütze", berichtet von Uexküll aus den Erfahrungen der vergangenen drei Jahrzehnte. Es gebe ein Netzwerk und Solidaritätsbesuche für bedrohte Preisträger. Die öffentliche Wahrnehmung ändere sich. So sei etwa die Umweltschutzorganisation des Kongolesen René Ngongo 2009 von einem Verbot bedroht gewesen. Doch nach der Bekanntgabe des Preises habe er einen Staatsempfang erhalten, berichtet von Uexküll.

Den vollständigen Artikel von Spiegel-online finden Sie hier.